

### 3. Tagung des 10. Nationalen Volkskongresses der VR China

Vom 5. bis 14. März 2005 kamen in Peking die Delegierten des 10. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China (NVK) zu ihrer 3. Tagung zusammen. Hierbei stimmten sie am letzten Tag zahlreichen Gesetzentwürfen zu, darunter dem gegen Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan gerichteten Anti-Szessionsgesetz. Mit dem Ziel der Entwicklung einer „harmonischen Gesellschaft“ schlug die Regierung wie schon im Vorjahr soziale Töne an.

Die Tagung begann am 5. März wie üblich mit dem Tätigkeitsbericht der Regierung, vorgetragen von Ministerpräsident *Wen Jiabao*<sup>1</sup>. Dieser verkündete, die von der Regierung Anfang des vergangenen Jahres gesetzten Ziele - insbesondere im Bereich des Wachstums von Wirtschaft, Arbeitsplätzen und Einkommen<sup>2</sup> - seien nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar noch übertroffen worden. Als Zahlen für 2004 wurden ein Wachstum des BIP um 9,5 % (nach prognostizierten 7 %), ein Anstieg der Beschäftigten in den Städten um 9,8 Mio. und ein Außenhandelsvolumen von 1,15 Billionen US-Dollar genannt.

Als Ziele für das kommende und die nächsten Jahre nannte *Wen* eine noch intensivere Koordinierung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, eine Verringerung der Kluft zwischen städtischen und ländlichen Räumen sowie zwischen den verschiedenen Landesteilen, aber auch eine bessere Abstimmung zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Nutzung der Energieressourcen. Am Ende soll eine „harmonische Entwicklung“ bzw. „harmonische Gesellschaft“ stehen. Zur Zielerreichung will die Regierung ihre „Globalsteuerung“ verbessern, die Einkommensverteilung regulieren und die Entwicklung des ländlichen Raumes fördern. Statt einer „pro-aktiven“ Finanzpolitik kündigte der Ministerpräsident für die Zukunft eine „besonnene und sichere“ Finanzpolitik an. Hierzu gehören die Reduzierung des Haushaltsdefizits und der langfristigen Staatsanleihen. Das Wirtschaftswachstum soll 2005 nicht mehr als 8 % betragen. Es sollen 9 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ziel ist ferner eine ausgeglichene Handelsbilanz.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden zusätzliche Rechenschafts- und Tätigkeitsberichte vorgestellt und diskutiert. Besonderes Augenmerk der englisch-sprachigen chinesischen Presse fanden dabei diejenigen der korruptionsbelasteten Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaft)<sup>3</sup>. In diesem

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und auch im folgenden die Regierungswebsite zur 3. Tagung des 10. NVK: <http://www.10thnpc.org.cn/english/2005lh/120271.htm>.

<sup>2</sup> Vgl. im einzelnen den Bericht des Länderbüros China zur 2. Tagung des 10. NVK v. 22.3.2004.

<sup>3</sup> „Corrupt officials seized and punished“,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
MARC SPITZKATZ

März 2005

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Zusammenhang ist vorgesehen, die letzte Entscheidung über die Verhängung der Todesstrafe (wieder) allein dem Obersten Volksgerichtshof zu überlassen, während zurzeit eine Bestätigung durch die obersten Provinzgerichte genügt.

Geprägt war die diesjährige Tagung des NVK in der Öffentlichkeit durch die Diskussion um das gegen Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan gerichtete Anti-Sezessionsgesetz, das am letzten Sitzungstag mit großer Mehrheit (2.896 Stimmen bei zwei Enthaltungen und keiner Gegenstimme) verabschiedet und noch am selben Tag vom Staatspräsidenten ausgefertigt wurde<sup>4</sup>. Das Parlament bewilligte gleichzeitig eine Erhöhung der Militärausgaben um 12,6 % auf 22 Mrd. Euro.

Weiter wählte der NVK - wie vorgesehen - Staats- und Parteichef *Hu Jintao* zum Nachfolger *Jiang Zemin* als Vorsitzender der staatlichen Militärkommission.

Auf die Tagung folgte schließlich die traditionelle Pressekonferenz des Ministerpräsidenten zu Kernergebnissen der Parlamentsarbeit<sup>5</sup>.

### Rolle des NVK

Der NVK gilt formal als höchstes Organ der Staatsmacht sowie als Gesetzgebungsorgan (vgl. Art. 57 ff. der chinesischen Verfassung) und tritt einmal pro Jahr zusammen<sup>6</sup>. Die knapp 3.000 Abgeordneten werden für 5 Jahre indirekt, nämlich von den (ebenfalls indirekt gewählten) Vertretern der Provinzparlamente gewählt und gehören zu etwa zwei Dritteln der KPCh an.

---

China Daily v. 10.3.2005; "Law enforcers offer hope for justice", ebenda; "Corrupt courts seen as biggest threat", South China Morning Post v. 10.3.2005.

<sup>4</sup> Siehe hierzu weiter unten.

<sup>5</sup> S. „Wen addresses press conference on key issues“, China Daily v. 15.3.2005.

<sup>6</sup> Früher jeweils für ca. 14 Tage, 2004 und 2005 waren es jeweils 9 Tage.

Gemäß Art. 62 der chinesischen Verfassung hat der NVK das Recht, die Verfassung zu ändern, über die Besetzung der höchsten Staatsämter zu entscheiden, den Haushalt zu prüfen und zu genehmigen sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden zu treffen. Aufgrund seiner Größe und der seltenen Zusammenkünfte übernimmt der Ständige Ausschuss die Rolle eines Ersatzparlamentes (vgl. Art. 58 der chinesischen Verfassung). Dessen 155 Mitglieder treffen sich alle zwei Monate zu mehrtägigen Sitzungen.

*De facto* werden nach bisherigen Erfahrungen und trotz der Hervorhebung der Rolle des NVK in den Medien sowohl in der Vollversammlung als auch im Ständigen Ausschuss nur Entscheidungen bestätigt, die die politische Führung zuvor in informellen Parteigremien getroffen hat. Von daher gibt es keine kritischen Diskussionen vor der Verabschiedung von Gesetzesvorhaben. Auch sonst sind kritische Stimmen von Abgeordneten kaum zu vernehmen. Die unterbreiteten Verbesserungsvorschläge der Parlamentarier entsprechen in der Regel dem bereits erklärten Willen der Führung.

### Anti-Sezessionsgesetz

Das wichtigste Gesetzgebungsvorhaben der diesjährigen Tagung war das bereits genannte Anti-Sezessionsgesetz, das nach chinesischer Lesart („historic law for peace“<sup>7</sup>) in erster Linie dazu dienen soll, den Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans bereits im Vorfeld entgegenzutreten. Die Art. 1 bis 7 dieses insgesamt zehn Artikel umfassenden Gesetzes treffen daher auch überwiegend Aussagen zum Prinzip „Ein China“ und der Frage der friedlichen Wiedervereinigung der beiden Landesteile, die als Aufgabe des Staates und seiner Bürger

---

<sup>7</sup> „NPC enacts historic law for peace“, China Daily v. 15.3.2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
MARC SPITZKATZ

März 2005

[www.kas.de](http://www.kas.de)

definiert wird. Kernaussagen finden sich in Art. 5 (auch nach Wiedervereinigung verschiedene Systeme und ein hohes Maß an Autonomie möglich) und Art. 6, der zur Pflege der Beziehungen verschiedene Kooperationen in den Bereichen Reise, Handel, Wissenschaft und Kultur sowie Verbrechensbekämpfung anregt. Art. 8 und 9 des Gesetzes enthalten hingegen Bestimmungen für den Fall, dass sich Taiwan von China unabhängig erklärt bzw. mit einer Unabhängigkeitserklärung gleichzusetzende Ereignisse eintreten, sowie für den Fall der erfolglosen „vollständigen Ausschöpfung“ der Mittel zu einer friedlichen Wiedervereinigung. In diesen Fällen soll der Staat nicht-friedliche Mittel und andere Maßnahmen ergreifen, um Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu wahren, wobei er durch Art. 9 auf Schadensbegrenzung verpflichtet wird. Die Entscheidung über den Einsatz der nicht-friedlichen Mittel liegt bei Staatsrat und Militärkommission (Art. 8 a.E.).

### Vorgeschichte und Reaktionen

Im Mai 2004 war die Idee eines Gesetzes betreffend die Wiedervereinigung Chinas mit Taiwan erstmalig von *Wen Jiabao* anlässlich eines Besuches in London erwähnt worden, nachdem der für mehr Unabhängigkeit Taiwans eintretende Präsident *Chen Shuibian* zuvor in den März - Wahlen in seinem Amt bestätigt worden war<sup>8</sup>. Im Dezember desselben Jahres wurde das Gesetzgebungsvorhaben erstmalig offiziell angekündigt. In der Folgezeit bestätigten zahlreiche hochrangige Politiker, darunter Staats- und Parteichef *Hu Jintao*, dass damit die Souveränität Chinas über Taiwan sichergestellt werden solle. Bis zuletzt blieb der genaue Wortlaut des Gesetzes geheim. Harsche Kritik gab es im Vorfeld naturge-

<sup>8</sup> Zur Erinnerung: *Chen* hatte – erfolglos – versucht, über ein zeitgleich mit den Wahlen abgehaltenes Referendum eine Entscheidung der Bevölkerung über die Beziehungen zum Festland herbeizuführen.

mäß aus Taiwan, welches das Gesetz als Gefahr für den Frieden einstuft<sup>9</sup>. Noch im Februar hatte *Chen* gemeinsam mit Oppositionsführer *Soong Chu-yu* eine Erklärung abgegeben, wonach sich der *Status quo* Taiwans jedenfalls in der laufenden Legislaturperiode nicht ändern werde<sup>10</sup>. Die Vereinigten Staaten versuchten zunächst durch Telefondiplomatie die Situation zu entspannen. Schließlich bewerteten sie das Gesetz als „nicht hilfreich“. Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete am 16. März sogar eine Resolution, in der es seinen „schwerwiegenden Bedenken“ betreffend die Rechtfertigung nicht-friedlicher Mittel zur Lösung der Taiwan-Frage Ausdruck verleiht<sup>11</sup>. Es sprach sich damit ebenso wie Japan gegen jede nicht-friedliche Lösung des Konfliktes aus<sup>12</sup>. Diese Position wurde auch von der EU eingenommen<sup>13</sup>. Während sich der EU-Ratsvorsitzende *Asselborn* dennoch für eine Aufhebung des gegen China gerichteten Waffenembargos der EU bis zum Sommer diesen Jahres einsetzen will<sup>14</sup>, sind vermehrt Stimmen zu vernehmen, die vor einer vorschnellen Abschaffung warnen. Peking dagegen betonte immer wieder, unter anderem durch *Wen Jiabao* in der die 3. Tagung des NVK abschließenden Pressekonferenz, dass es sich bei dem Gesetz nicht um ein Kriegsgesetz handele<sup>15</sup>. Es verfolge vor allem friedliche Absichten und behalte lediglich - dem Willen des chinesischen Volkes entsprechend - den *Status quo* bei, demzufolge beide Sei-

<sup>9</sup> „Law is a threat to peace effort, warns Taipei“, South China Morning Post v. 10. März 2005.

<sup>10</sup> „Exact wording of legislation remains shrouded in secrecy“, South China Morning Post v. 9. März 2005.

<sup>11</sup> 109th Congress, H.CON. RES. 98, <http://www.taiwandc.org/aslaw-hrc98.htm>.

<sup>12</sup> Spiegel Online v. 14. März 2005, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,346266,00.html>.

<sup>13</sup> Erklärung der EU-Ratspräsidentschaft v. 16. März 2005, CFSP/SEC/0574/05.

<sup>14</sup> Spiegel-Online v. 17. März 2005, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,347028,00.html>.

<sup>15</sup> So die Interpretation der Partei *Chens*, vgl. „Unity law is a war decree, says DPP“, South China Morning Post v. 9. März 2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
MARC SPITZKATZ

März 2005

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ten zu einem China gehörten. Dessen ungeachtet riefen taiwanische Politiker nach der Verabschiedung des Gesetzes zu Massendemonstrationen auf.

### Einschätzung

Mit dem Anti-Sezessionsgesetz hat die chinesische Regierung nach außen und innen unterstrichen, wie sie das Verhältnis zwischen Festland und Taiwan sieht und weiterhin sehen wird. Die offizielle Linie wurde dabei durch *Hu Jintao* in seinen „4 Grundsätzen“ beschrieben<sup>16</sup>. Die Führung in Peking reagiert damit auf die von ihr als Provokation aufgefassten Unabhängigkeitstendenzen in Taiwan. Ziel ist es - wie inzwischen auch offiziell zugegeben -, durch nachdrückliches Entgegenreten bereits frühzeitig eine unerwünschte Entwicklung zu unterbinden, bevor diese eine Eigendynamik entwickelt. Damit trifft die Regierung die Stimmung im eigenen Lande. In der Volksrepublik existiert ein von der Politik nicht unerheblich geförderter Nationalismus, der seine Ursprünge in den als Demütigung empfundenen Eingriffen der westlichen Mächte im 19. Jahrhundert hat und sich heutzutage insbesondere am Verhältnis zu Japan, zu den Vereinigten Staaten als dem einzig ernstzunehmenden globalen Gegenspieler und eben an Taiwan entzündet. Ob der in dem Gesetz normierte Kriegsvorbehalt eher als Drohgebärde denn als Ermächtigung zur Kriegsführung zu sehen ist, ist nicht mit letzter Sicherheit zu beantworten. Unabhängig von der Frage, wie weit China im Falle einer taiwanesischen Unabhängigkeitserklärung zu gehen bereit wäre, darf im Hinblick auf die bereits

eingangs geschilderten politischen Verhältnisse nicht vergessen werden, dass eine Entscheidung über Krieg oder Frieden ungeachtet der Verfassungslage ohnehin in den informellen Parteigremien gefällt werden wird. Die Inaussichtstellung einer militärischen Intervention in Taiwan ist nichts grundsätzlich Neues. Das Gesetz deckt sich mit den von Seiten der Staatsführung in der Vergangenheit mehrfach ausgesprochenen Drohungen. Der Westen sollte in diesem Zusammenhang zur Kenntnis nehmen, dass China trotz seiner Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ und des großen Interesses, den inneren Aufbau des Landes ungestört durch äußere Friktionen fortzuführen, langfristig bestrebt ist, auch sicherheitspolitisch ein *global player* zu werden. Dazu gehören in der Regel ein hinreichend großes militärisches Potenzial und der Wille, dieses gegebenenfalls auch einzusetzen. Im Hinblick auf die - durch wirtschaftliche Erfolge noch verstärkten - nationalen Befindlichkeiten in Regierung und Bevölkerung würde eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans in diesem Kontext einen Gesichtsverlust bedeuten, der Befürwortern einer militärischen Lösung erhebliche Argumente liefern würde. Hinzu kommt, dass die Auseinandersetzung nach chinesischer Lesart sowieso eine innere Angelegenheit ist.

### Harmonische Gesellschaft als Ziel

Der Schwerpunkt der Regierungsarbeit und auch der des NVK liegt ungeachtet der internationalen Schlagzeilen im Zuge der Verabschiedung des Anti-Sezessionsgesetzes nach wie vor auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes. Dies hat die anfangs zitierte Rede *Wen Jiabaos* hinreichend deutlich gemacht. Es steht zu erwarten, dass die beschworene „harmonische Gesellschaft“ zum Markenzeichen der Ära *Hu Jintao* wird. Wie an anderer Stelle be-

<sup>16</sup> Vier Grundsätze hierzu stellte *Hu Jintao* am 5. März 2005 auf („Never sway in adhering to the one-China principle“, „Never give up efforts to seek peaceful reunification“, „Never change the principle of placing hope on the Taiwan people“, „Never compromise in opposing the ‚Taiwan independence‘ secessionist activities“), <http://www.10thnpc.org.cn/english/20051h/121825.htm>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
MARC SPITZKATZ

März 2005

[www.kas.de](http://www.kas.de)

reits ausführlich untersucht<sup>17</sup>, dürfen die beeindruckenden Wirtschaftszahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass China ein Land im Umbruch mit zahlreichen Problemen ist, zu denen die effektive Steuerung der Wirtschaft (Problembereiche Überhitzung, Banken- und Immobilienwesen, Ressourcen- und Umweltverbrauch) ebenso gehören wie tiefgreifende soziale Herausforderungen, die mit Arbeitslosigkeit, Wohlstands- und Entwicklungsgefälle sowie der demographischen Entwicklung ein erhebliches Konfliktpotential in sich bergen. So dürften der Erfolg des chinesischen Reformkurses und damit auch die weitere Legitimation der KPCh davon abhängen, inwieweit es gelingt, ein nachhaltiges, für breite Teile der Bevölkerung positives Wachstum zu gewährleisten.

#### Führungswechsel in Hongkong

Parallel zur Tagung des NVK kamen Gerüchte über den Rücktritt des *Chief Executive* Hongkongs, *Tung Chee-Hwa* auf, den dieser unter Berufung auf gesundheitliche Gründe schließlich am 10. März offiziell bekannt gab. Als Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter, *Donald Tsang*, gehandelt. *Tung* wurde zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ernannt, die gewöhnlich zeitgleich mit dem NVK tagt und diesen beratend der „Stimme des Volkes“ mehr Gewicht verleihen soll. Die Reaktionen auf den Abgang des ungeliebten *Tung* und die Aussichten, den wesentlich beliebteren *Tsang* an der Spitze der Verwaltung der Sonderverwaltungszone zu sehen, waren in Hongkong überwiegend positiv. Allerdings wird befürchtet, dass *Tsang*, der aus der britisch geprägten Zivilverwaltung der Stadt kommt, von Peking noch weniger Freiheiten eingeräumt werden, als dies bisher bei *Tung* der Fall

war<sup>18</sup>. Gleichzeitig kam die Diskussion auf, ob der vorzeitige Führungswechsel die Besetzung des Amtes bis zum Ende der laufenden Amtszeit 2007 oder aber für weitere 5 Jahre bedeutet. Die Demokratiebewegung in Hongkong hatte sich Hoffnungen gemacht, bei der nächsten Wahl des Regierungschefs der Bevölkerung Hongkongs ein größeres Mitspracherecht eingeräumt zu bekommen<sup>19</sup>.

---

<sup>17</sup> Vgl. den Bericht des Länderbüros China zu Chinas Wirtschaft v. Juli 2004.

---

<sup>18</sup> „If chosen, Donald Tsang would be on a short leash“, *South China Morning Post* v. 5. März 2005.

<sup>19</sup> Vgl. den Bericht des Länderbüros Peking zu den Wahlen in Hongkong v. 7. Mai 2004.